

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Ulrich Adam, Ilse Aigner sowie weiterer Abgeordneter

Kunstprojekt im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes von Hans Haacke "Der Bevölkerung"

- Drucksache 14/2867 (neu) -

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU/CSU hat der Kollege Dr. Norbert Lammert.

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Deutsche Bundestag führt heute eine Debatte, die vermutlich in keinem anderen Parlament der Welt stattfinden würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weder der amerikanische Kongress noch das englische Unterhaus und schon gar nicht die französische Nationalversammlung würde auch nur darüber diskutieren, was hier heute ernsthaft zur Entscheidung ansteht: der Widmung des Reichstagsgebäudes "Dem Deutschen Volke" eine künstlerisch politische Installation entgegenzusetzen, die "Der Bevölkerung" gewidmet ist. Das Reichstagsgebäude ist dem deutschen Volke gewidmet und damit dem Souverän, den dieses Parlament vertritt und von dem es seine Legitimation bezieht. Für diese Widmung - 1916 nach jahrelangem Widerstand des Kaisers an diesem Gebäude angebracht - muss sich niemand rechtfertigen. Sie ist nicht überholt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. - Widerspruch der Abg. Monika Griefahn [SPD])

Es hat in den vergangenen Wochen der Auseinandersetzung manche goldenen Worte gegeben, die hoffnungslos richtig sind, aber alle messerscharf neben der Sache liegen, dass man nämlich über Kunst nicht mit der Mehrheit entscheiden könne - ebenso wenig wie über Wahrheit. Das ist sicher wahr.

Ob es sich bei dem Projekt von Hans Haacke um ein bedeutendes Kunstwerk handelt oder nicht, mögen andere in Ruhe entscheiden. Es ist übrigens auch unter Experten hoch umstritten. Der Bundestag muss entscheiden, ob er dieses Werk in diesem Gebäude in Auftrag geben will oder nicht: nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es ist absurd, dem Bundestag die Legitimation für diese Entscheidung bestreiten zu wollen. Bei aller Begeisterung und Empörung über das künstlerisch-politische Projekt Haackes ist offenkundig, dass der Deutsche Bundestag als Auftraggeber und niemand sonst zu entscheiden hat, ob er diesen Vorschlag realisieren will

oder nicht. Er kann und darf sich in dieser Verantwortung hinter niemandem verstecken. Die Absicht, über die Empfehlung des Kunstbeirates des Bundestages im Unterschied zu anderen Aufträgen - ich bin sehr dafür, dass das die Ausnahme bleibt, damit wir hier keine Missverständnisse bekommen - - (Zurufe von der SPD: Oh!) Lassen Sie mich doch in Ruhe begründen, warum. Vielleicht haben Sie über den Unterschied dieses Projektes noch gar nicht hinreichend nachgedacht. (Zuruf von der SPD: Doch! Doch!) Es gibt nicht nur vernünftige, sondern aus meiner Sicht zwingende Gründe, warum diese Entscheidung im Plenum des Deutschen Bundestages und nicht in irgendeinem anderen Gremium getroffen werden muss.

Erstens. Nach der Projektbeschreibung des Künstlers kann die Installation nur durch Mitwirkung der Mitglieder des Parlamentes verwirklicht werden. Wenn die persönliche Mitwirkung von 669 Mitgliedern des Bundestages konstitutiver Bestandteil des Projektes ist, wird man diese wohl fragen müssen, ob sie zur Mitwirkung bereit sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. In der Sache geht es Hans Haacke und den Befürwortern seines Entwurfes um die Auseinandersetzung zwischen der historischen Widmung des Reichstagsgebäudes aus den schwierigen Anfangsjahren des deutschen Parlamentarismus und dem heutigen Selbstverständnis eines von autoritärer Bevormundung emanzipierten Parlaments. Diese Auseinandersetzung ist gewiss zulässig. Ob allerdings das vorgeschlagene Projekt für diese Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb des Parlamentes geeignet ist, darüber darf und muss man streiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Streit ist übrigens von Hans Haacke offenkundig gewollt. Deswegen kann doch nicht ernsthaft beanstandet werden, dass dieser Streit nun stattfindet; schon gar nicht kann beanstandet werden, dass er im Parlament ausgetragen und entschieden wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die im wörtlichen wie im übertragenen Sinne künstliche Gegenüberstellung von Volk und Bevölkerung wird weder dem Volk noch der Bevölkerung gerecht, schon gar nicht der sinnvollen Auseinandersetzung mit diesem sensiblen Sachverhalt. Die Volksvertreter, die in diesem historisch gezeichneten Parlamentsgebäude ihr Mandat wahrnehmen,

verstehen sich längst - auch ohne diese Aufforderung - als Vertreter aller Menschen in diesem Land,
(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])
dank einer Verfassung, in der sich "das Deutsche Volk" - ich zitiere und wiederhole: "das Deutsche Volk" - "zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt" bekennt. Dafür brauchen wir von niemandem Nachhilfeunterricht.
(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)
Wer wie Hans Haacke den Begriff "Volk" unter nationalistischen, mindestens mythologischen Generalverdacht stellt, bleibt bewusst oder leichtfertig hinter dem Selbstverständnis unserer Verfassung und dieser Volksvertretung zurück. Er darf nicht erwarten, in diesem Zusammenhang ausgerechnet mit einer Bodeninstallation deutscher Erde aufklärerisch oder befreiend zu wirken.
(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
Dass sich der Deutsche Bundestag diese atemberaubende Verbindung von Volk und Erde, Boden und Bevölkerung zu eigen macht, ist geradezu abwegig.
Ich persönlich halte den Konzeptvorschlag Hans Haackes politisch wie ästhetisch für misslungen.
(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)
Der Aufwand, mit dem er nach seiner Projektbeschreibung "der Bevölkerung" Gerechtigkeit; - jedenfalls Aufmerksamkeit widerfahren lassen will, ist monströs und, wie ich finde, eine Verballhornung des Anliegens.
Nachdem Haacke in seiner Projektbeschreibung für den "Antransport der Erde" jedem einzelnen Abgeordneten - ich zitiere aus der Projektbeschreibung - "zwei mit ihrer Bestimmung beschriftete Halbzentnersäcke" zur Verfügung stellen will,
(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)
bei deren Übergabe die Abgeordneten - ich zitiere erneut - "urkundlich erklären, von welcher Stelle die Erde stammt"
(Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Jetzt wird es aber schwach!)
- es in der Tat immens schwach, Herr Kollege Heinrich; wir müssen deshalb wissen, über was wir hier abstimmen -,
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)
wird sich sicher auch für den Abtransport beim Ausscheiden aus dem Bundestag eine ähnlich überzeugende Lösung finden lassen.
(Heiterkeit bei der CDU/CSU - Widerspruch bei der SPD)
Ein Leserbriefschreiber hat vor einigen Tagen angeregt, der Künstler solle entsprechende Holztröge in die Wahlkreise schaffen, darüber die

Neoninschrift "Den Bevölkerungsvertretern/-vertreterinnen".
Die Verwandlung von Konzeptkunst in eine skurrile "Bundesgartenschau" ist kein großer Wurf, sondern eine große Albernheit, die der Ernsthaftigkeit nicht gerecht wird, die dieses Thema verdient und beansprucht.
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)
Das Bedürfnis des Künstlers nach Selbstinszenierung ist legitim; es ist in diesem konkreten Fall offensichtlich ausgeprägter als das Interesse an Aufklärung. Insofern sieht das Konzept folgerichtig vor, dass auf allen Etagen des Reichstagsgebäudes Tafeln anzubringen sind, auf denen die Abgeordneten mit ihrer Parteizugehörigkeit und den Wahlkreisen oder Bundesländern und der Angabe des Datums, an dem die Abgeordneten ihren Erdanteil beigesteuert haben, verzeichnet werden sollen.
(Lachen bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU/CSU: Ist das Ernst?)
- Das stammt alles aus der Projektbeschreibung. Da in Zeiten der neuen Medien ein Kunstwerk ansonsten offensichtlich nicht komplett ist, hat es selbstverständlich auch eine Internet-Perspektive. Vorgesehen ist, dass im Innenhof eine Videokamera angebracht wird, die regelmäßig das Wachsen und Werden dieses Kunstwerks begleitet, damit jeden Tag ab 12 Uhr mittags den Besuchern auf einer ständig aktualisierten Website die Entwicklung dieses Projekts nahe gebracht werden kann. Welcher Aufwand für welche Einfalt!
(Beifall bei der CDU/CSU)
Ich persönlich finde diese Inszenierung albern und unangemessen, und ich nehme für mein Urteil die gleiche Freiheit in Anspruch, die ich dem Künstler selbstverständlich für sein Konzept zubillige.
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)
Es ist ihm unbenommen, die Einwände seiner Kritiker, insbesondere aus der Unionsfraktion des Bundestages, für "blödsinnig" zu erklären, wie Agenturen melden. Mir bleibt es unbenommen, das vorgeschlagene Konzept als Zumutung zu bezeichnen und meine Mitwirkung abzulehnen. Hier steht nicht die Freiheit der Kunst zur Debatte und hoffentlich auch nicht die Freiheit des Bundestages, den künstlerischen Gestaltungsvorschlag für sein Parlamentsgebäude anzunehmen oder abzulehnen.
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)
Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich seit Jahren mit Leidenschaft für die Selbstverständlichkeit werbe, dass die Kunst sich mit Politik und die Politik sich mit Kunst befassen muss.
(Wolfgang Thierse [SPD]: Aber wehe, sie tut es!)

Allerdings akzeptiere ich ausdrücklich nicht die Erwartung, dass die Kunst sich der Politik grundsätzlich in kritischer Auseinandersetzung, die Politik sich der Kunst dagegen vorzugsweise mit andächtiger Bewunderung zu nähern habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Zensur findet nicht statt. Aber ein ästhetisches Urteil muss erlaubt sein, zumal bei einem Projekt, das auch unter den so genannten Sachverständigen allein unter ästhetischen Gesichtspunkten mindestens so viel Widerspruch wie Zustimmung gefunden hat.

Die Einwände, das Plenum des Bundestages dürfe nicht über Kunst in seinem Gebäude entscheiden, lassen ein prinzipielles Misstrauen gegenüber der Politik im Umgang mit Kunst erkennen.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Das ist eine Frechheit! Ich hänge mir doch zu Hause auch kein Bild hin, das ich nicht mag!)

Der Deutsche Bundestag verdient ein solches Misstrauen nicht. Ich kenne kein anderes Parlament in der Welt, das sein Gebäude statt mit einer Gemäldegalerie großer Köpfe und geschichtlicher Ereignisse demonstrativ mit zeitgenössischen Kunstwerken ausstattet. Der Deutsche Bundestag hat sich nicht für eine möglichst unauffällige, unanstoßige, dekorative künstlerische Gestaltung entschieden, sondern die von ihm selbst angesprochenen Künstler aus Deutschland wie dem Ausland ausdrücklich zu einer Auseinandersetzung mit dem Parlamentsgebäude und seiner Geschichte aufgefordert. Künstler wie Gerhard Richter, Sigmar Polke, Günther Uecker, Christian Boltanski, Bernhard Heisig, Jenny Holzer und nicht zuletzt Norman Foster haben diese Herausforderung in einer Weise angenommen, die keineswegs unumstritten ist, aber jeden Streit lohnt.

In den letzten Jahren hat der Deutsche Bundestag zudem zwei denkwürdige Entscheidungen getroffen, die seiner Souveränität auch im Umgang mit ästhetischen Fragestellungen ein beachtliches Zeugnis ausstellen: Es sind die weltweit bejubelte Verhüllung des Reichstages durch Christo, die nach jahrzehntelangen vergeblichen Anläufen schließlich vom Plenum des Deutschen Bundestages möglich gemacht worden ist, (Beifall der Abg. Hanna Wolf (München) [SPD] und Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

und die Entscheidung für die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas, das über seine politische Bedeutung hinaus auch eine höchst anspruchsvolle ästhetische Form durch das Stelenfeld von Peter Eisenman finden soll, die ganz gewiss nicht am viel beschimpften Publikumsgeschmack orientiert ist.

Ich persönlich habe übrigens für beide umstrittenen Entscheidungen sehr engagiert gefochten; (Wolfgang Thierse [SPD]: Sie persönlich ja!)

und ich nehme mir nun ganz selbstverständlich das Recht, meine Auffassung in dieser Angelegenheit ebenso engagiert zu vertreten. (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Es gibt nicht nur eine Anmaßung der Politik gegenüber der Kunst, die nicht toleriert werden darf; es gibt gelegentlich auch eine Anmaßung ausgewiesener wie selbsternannter Kunstsachverständiger gegenüber der Öffentlichkeit, mit der autoritären Gebärde von Hohepriestern das eigene ästhetische Urteil für das einzig mögliche zu halten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die anstehende Entscheidung des Bundestages über ein ebenso diskussionswürdiges wie diskussionsbedürftiges künstlerisches Projekt in seinem Hause ist ein Anwendungsfall nicht nur für die Freiheit der Kunst, sondern auch für die Souveränität dieses Parlaments. Sie hat nicht nur etwas mit der gelegentlich strapazierten Würde des Hohen Hauses zu tun, sondern auch und vor allem mit der Würde der Menschen, die wir in diesem Hause zu vertreten haben und die wir nicht als "Volk" und "Bevölkerung" gegeneinander in Stellung bringen lassen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Ich habe heute in der Post die Zuschrift eines mir unbekanntem Lehrers und Historikers gefunden, die wohl auch an den Herrn Bundestagspräsidenten gegangen ist. Er schreibt mir:

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte kann nicht so geschehen ..., dass die deutsche Volksvertretung sich in ihrem eigenen Haus mit eigener Zustimmung lächerlich machen lässt ...

Wir haben Anlass, diese Besorgnis ernst zu nehmen, und wir haben die Möglichkeit, sie mit unserem Votum gegenstandslos zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der Abg. Hanna Wolf (München) [SPD])

Vizepräsidentin Petra Bläss: Es spricht jetzt der Kollege Gert Weisskirchen, SPD-Fraktion.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier werden nicht die Widmungen "Dem Deutschen Volke" und "Der Bevölkerung" als Feindbegriffe einander gegenübergestellt, sondern beide Begriffe werden zueinander gestellt, um miteinander einen Dialog zu führen (Lachen bei der CDU/CSU) über die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben? Das will uns der Künstler sagen.

(Beifall bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Worauf beruht Demokratie? Gewiss zunächst auf der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem aber steht auch vor dem Volk: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Darum heißt es in der Verfassung: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", und darum heißt es dort auch, dass die Kunst frei ist.

Vor allen Wahlen und Abstimmungen beruht Demokratie also zunächst darauf, anzuerkennen, dass es nicht Abstimmbares gibt. Bislang galt bei uns die Überzeugung und der Konsens, dass über Kunst nicht abgestimmt werden kann.

(Beifall bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Dies und nichts anderes war auch der Grund, dass der Bundestag sich einen Kunstbeirat geschaffen hat. Ich sehe voraus: Sollte es hier eine Mehrheit gegen die Entscheidung des Kunstbeirates geben, dann wird dieser Kunstbeirat nicht mehr weiterleben können!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU/CSU und der F.D.P.: Oh!)

Dann werden Sie sich die Frage stellen müssen, ob in dem Fall nicht der Bundestag, das Plenum, jede einzelne Kunstentscheidung selbst vornehmen muss. Das hielte ich für fatal. Wir brauchen diesen Kunstbeirat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Wer entscheidet, kann irren; selbstverständlich.

Das gilt aber auch für den Bundestag. Es geht hier um etwas anderes. Es geht nicht darum, ob Mehrheiten irren, sondern um die Chance, dass es ein Modell zwischen Kunstsachverständigen und dem Bundestag gibt und dass dieses Modell leben kann. Wir haben Sachverständige, die hervorragendsten, die es in Deutschland gibt, die uns beraten und die uns einstimmig gebeten haben, diesem Kunstwerk hier im Lichthof einen Platz zu geben. Wir haben uns in langen Diskussionen - fragen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen, die im Kunstbeirat Mitglied sind - intensiv damit befasst und auseinander gesetzt und uns - zwar nicht ohne Zweifel, aber dann nachher doch - mit einer deutlichen Mehrheit dazu durchgerungen.

Was sagt das uns? Es besagt, dass Kunst und Demokratie natürlich eine schwierige Beziehungskiste ist. Der Künstler ist autonom. Sein Werk darf stören, ja es muss sogar stören und Eingeschliffenes aufbrechen. Sein Werk muss neues Sehen möglich machen. Er braucht nicht auf Mehrheiten Rücksicht zu nehmen. Er braucht nicht auf Sehweisen, die eingeschliffen sind, Rücksicht zu nehmen. Wir müssen das. Das ist der Unterschied. Die Demokratie darf in der Sphäre des Abstimmbaren die Mehrheitsregeln und übrigens auch den Schutz von Minderheiten nicht verletzen.

Kunst, so sagt Gadamer, die "sich nicht dekorativ dem Lebenszusammenhänge einschmiegt, sondern von eigener Mitte her aus ihm heraussteht", gefällt nicht bloß. Sie muss und darf, so Gadamer, wirken wie eine Zumutung. - Ich finde, wir müssen solche Zumutungen ermöglichen und anerkennen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Diese Debatte zeigt übrigens: Hans Haacke hat den Nerv getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er hat das getroffen, worum es geht. Manche fürchten um das Selbstverständnis. Von wem? Vom Bundestag? Vom deutschen Volk? Ist unser Selbstverständnis, unser Selbstbewusstsein nicht stark genug, dass wir hier im Deutschen Bundestag auch kritischer Kunst einen Platz schaffen können?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS - Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Tun wir doch serienweise!)

Was wäre das anderenfalls für ein Selbstverständnis?

Ich vertraue dem Selbstbewusstsein frei gewählter Abgeordneter, sich dem Dialog zwischen der sich am Giebel befindenden Inschrift und dem Kunstwerk von Hans Haacke - seien Sie hier herzlich begrüßt - zu stellen. Ein solches Selbstbewusstsein haben frei gewählte Abgeordnete.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Übrigens, das Zitat "Dem Deutschen Volke" verweigerte der Kaiser so lange, bis er kurz vor Kriegsende bereit war, dem deutschen Volk überhaupt erst einen Wert zuzubilligen. Erst dann, kurze Zeit vor Ende des Ersten Weltkrieges, wurde diese Inschrift angebracht.

(Zurufe von der F.D.P.: Eben!)

Sie dürfen sich also nicht darauf beziehen, dass es etwa das Volk gewesen ist, das dies gefordert hat.

(Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Sozialdemokraten!)

Der Kaiser hat erst am Ende des Ersten Weltkrieges das Volk als so wertvoll empfunden, dass es hier am Giebel mit einer Inschrift seinen Platz gefunden hat.

Hans Haacke nimmt jenes Zitat auf. Er stellt das Zitat in seinem Kunstwerk mit diesem Zitat zusammen. Das ist kein Gegensatz; es gehört zusammen.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Er will es korrigieren!)

Er ergänzt es auf ebener Erde. Herr Lammert, das Behältnis ist 30 Zentimeter hoch. Blumen werden aus ihm wachsen. Frau Vollmer, was ist denn daran, bitte schön, Kitsch?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

Willy Brandt würde gesagt haben: Haben Sie es nicht eine Nummer kleiner?

Sein Werk fragt uns: Wie weit fassen wir den Begriff des Bürgers? Das halte ich für eine ganz spannende Debatte. Nehmen wir das transatlantische "ius soli" auf oder nicht? Welche Rechte und Pflichten haben Menschen nicht deutscher Nationalität, die mit uns leben? Seit dem Vertrag von Amsterdam gibt es zusätzlich zur nationalen Staatsbürgerschaft die Unionsbürgerschaft. Wollen wir denn länger leugnen, dass wir in einem Land leben, in dem es eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die nicht Deutsche sind? Mit diesen wollen wir gemeinsam leben. Genau das, genau dieses Erinnerungsmoment ständig für uns wach zu halten, das will uns der Künstler sagen und zeigen. Deswegen muss sein Kunstwerk hier seinen Platz haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)
Die Spannungen - Herr Kollege Lammert, so würde ich es bezeichnen - zwischen der Giebelinschrift und dem Kunstwerk von Hans Haacke machen nichts anderes deutlich, als dass es in unserer Gesellschaft eine wachsende Pluralität bzw. Vielfarbigkeit gibt. Ohne Pluralität ist Modernität nicht zu gewinnen. Ohne Toleranz wird es nie Solidarität geben. Dazu aber, zu jener Toleranz - entschuldigen Sie, dass ich das so sage -, gehört der Dialog zwischen Kunst und Politik. Wer Kunst darauf reduziert, dass sie anschmiegsam und dekorativ sein soll und nicht kritisch sein darf, der hat einen Kunstbegriff, der nicht zu unserer Gegenwart und zu unserer Auseinandersetzung gehört.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS - Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Wer hat denn diesen Kunstbegriff?)

Der Streit über Ästhetik - das kann doch gar nicht anders sein - wird immer offen bleiben. Politisch aber dürfen wir diesen Streit um die Freiheit der Kunst nicht verlieren. Wir dürfen nicht unsere Liberalität verlieren. Abgeordnete können durch Kunst auch herausgefordert werden. Sie müssen ein Ja dazu sagen, dass Kunst in unseren Räumen Platz haben kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wir müssen gar nichts!)

Die kritischen Künstler dürfen wir nicht verlieren. Beklagen wir nicht häufig die Distanz von Intellektuellen gegenüber der Politik? Wie ernst nehmen wir denn unseren eigenen Aufruf zum Mittun? Wir brauchen die kritischen Künstler, damit unsere Gesellschaft ständig wach und lebendig bleibt. Zu diesen Künstlern gehört auch Hans Haacke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kunst - das ist ihre herausstechende Eigenart - durchbricht die Logik von Interessen. Die Gegenwart der Kunst kann manchmal viel realer

sein als die empirische Realität, in der die Politik zu leben meint. Es ist manchmal sehr viel wichtiger, einen Anstoß zum Nachdenken, zum Überdenken eigener Positionen zu bekommen, damit Demokratie lebendig und entwicklungsfähig bleibt und sich weiterentwickeln kann. Das ist es, was Hans Haacke uns deutlich machen will. Deswegen wünsche ich mir, dass wir eine Mehrheit für Hans Haackes Projekt haben. Sagen Sie Ja dazu, dass "Dem Deutschen Volke" die "Bevölkerung" zugesellt wird. Diese Begriffe sind nicht als Gegensatz, sondern in Beziehung miteinander zu sehen. Es ist ein ständiger Denkanstoß der Kunst, niemals zu vergessen: Unsere Verantwortung gilt allen Menschen, die in Deutschland miteinander leben, ob sie Deutsche sind oder nicht.

In einer vergleichbaren Zeit widmete ein anderer Kaiser in Wien einem Haus der Kunst die Worte: "Der Zeit die Kunst, der Kunst die Freiheit". Sorgen Sie dafür, dass die Kunst ihre Freiheit bekommt! Sorgen Sie dafür, dass Hans Haacke seine Kunst hier im Deutschen Bundestag als ständige Auseinandersetzung mit der Gegenwart zeigen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)
Namens von 41 Abgeordneten beantrage ich namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)
Vizepräsidentin Petra Bläss: Sie haben es gehört, der Kollege Gert Weisskirchen hat namentliche Abstimmung beantragt. In der Zwischenzeit wurden die Unterschriften von mehr als den notwendigen 34 anwesenden Mitgliedern des Bundestages zur Einforderung dieser Abstimmung vorgelegt. Deshalb möchte ich hiermit offiziell bekannt geben, dass im Anschluss an diese Debatte eine namentliche Abstimmung stattfindet. Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Antje Vollmer, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden hier ja nicht fraktionsmäßig, sondern frei pro und kontra. Ich rede für diesen Antrag und damit gegen die Installation des Kunstwerkes.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Auch ich habe, je länger die Debatte über das Haacke-Projekt dauert, den Eindruck, dass immer schwerere Geschütze aufgeföhren werden, dass immer größere Tabu-Zäune aufgerichtet werden. Ich plädiere ganz entschieden für Abrüstung in dieser Frage, auch für Abrüstung beim Pathos, und wenn möglich für nüchterne, praktische Vernunft. (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zunächst möchte ich Hans Haacke, der auf der Zuschauertribüne sitzt, gratulieren. Ob ihm ein

Kunstwerk gelungen ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Darüber sollen auch andere entscheiden. Ein Kunststück hat er allemal vollbracht: Er ist der Erste, dem es gelungen ist, über sein Kunstwerk die Ehre zu haben, eine Debatte im Deutschen Bundestag erzeugt zu haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Christo!)

Er wollte eine Debatte über das Begriffspaar "Volk" und "Bevölkerung". Ich finde, wir sind ihm da nichts schuldig geblieben. Für einen Prozesskünstler ist das schon ein richtig schöner Erfolg, und dafür habe ich auch Respekt.

Das, worüber wir heute diskutieren, ist aber ein ganz praktisches Problem: Wie kann ein Kunstwerk realisiert werden, das essenziell zu seiner Verwirklichung die Teilnahme von frei gewählten Abgeordneten dieses Bundestages an einem, wie auch ich finde, höchst merkwürdigen und geradezu skurrilen Erdritual erfordert?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich gehöre zu denen, die sich einfach nicht vorstellen können, dass zum Beispiel der Abgeordnete Jörg van Essen, die Abgeordnete Angela Merkel, der Abgeordnete Rezzo Schlauch, die Abgeordnete Elke Leonhard und der Abgeordnete Gregor Gysi hier eines Tages mit einem Eimer oder einem Sack Erde ankommen (Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

und darauf warten, dass sie diese im nördlichen Lichthof auskippen dürfen, um sich so von nationalen Begriffen und Überzeugungen quasi zu reinigen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Frau Kollegin Vollmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ich nur fünf Minuten Redezeit habe, möchte ich im Zusammenhang sprechen. Hinterher beantwortete ich gern noch eine Frage.

Man kann für diesen Vorgang, der den Abgeordneten indirekt aufgenötigt wird, dramatische Begriffe finden. Man kann aber auch sagen: Es ist so skurril, dass es schlichte, gute Gründe dafür gibt, wenn jemand sagt, daran wolle er nicht teilnehmen. Das ist genau der Punkt: Was macht der Künstler Hans Haacke, wenn er es nicht schafft, genügend Abgeordnete von der Sinnhaftigkeit dieses Projekts zu überzeugen? Ich glaube, darin liegt ein Bruch, ein Nichtgelingen der künstlerischen Konzeption. Und weil das Kunstwerk eben diese konzeptionelle Schwäche hat, wird, glaube ich, so massiv tabuisiert und nachmoralisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich möchte deutlich sagen: Ich finde, wir sollten uns dieser Art "Gesinnungs-TÜV" nicht unterziehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wer gegen das Kunstwerk ist, signalisiert damit nicht, dass er "rechts" ist. Wer für das Kunstwerk und damit für die Benutzung dieser eigenartig mythischen Substanz der Erde ist, signalisiert damit nicht, dass er der Kunstfreund schlechthin ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Man wird sagen, es gehe um die Freiheit der Kunst. Richtig, sage ich, aber es geht auch um die Freiheit von Abgeordneten und darum, wofür sie sich selbst entscheiden, wenn sie denn Teil dieses Kunstwerks sein sollen.

Ich wünschte mir, der Kunstbeirat, dem ich seit Beginn dieser Legislaturperiode angehöre, hätte in dieser Frage etwas mehr Weisheit und Klugheit gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

War es wirklich klug, den deutschen Parlamentariern keine Wahl zu lassen, keine Wahl, wie sie zum Beispiel die französischen Kollegen hatten? Denn auch in Frankreich hat Herr Haacke mit einem Projekt kandidiert. Er ist geehrt, aber nicht gewählt worden. Damit war die Sache auch elegant erledigt.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich finde, das deutsche Parlament hat den Vorwurf, der ihm von einigen Kunstpäpsten und Kunstkardinälen gemacht wird, wirklich nicht verdient. Ich bitte auch diese: Geben Sie doch endlich Gedanken- und Entscheidungsfreiheit! (Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens: Auch Künstler sind Menschen. Man kann sich mit Künstlern streiten. Man darf sich mit ihnen auseinander setzen. Man muss sie nicht auf ein unantastbares Podest setzen. Dann täte man den Künstlern und auch ihrer Kunst Unrecht. Aus einer Debatte mit den Künstlern heraus ist zum Beispiel die Kuppel auf diesem Reichstagsgebäude entstanden. Herr Foster wollte sie nicht; sie ist aus der Debatte heraus entstanden. (Zurufe von der CDU/CSU: Genau! - Richtig!)

Gönnen Sie doch dem Parlament und den Künstlern diese Form von Auseinandersetzung! (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Wenn wir über Freiheit von Kunst reden, dann muss angesichts dessen, was wir gekauft haben - das sind im Wesentlichen dieselben Werke, wie Sie sie in jedem modernen Museum finden -, auch

einmal über gewisse Mächte im Kunstmarkt, über geschlossene Klubs und über Gruppen, die sich gegenseitig beraten und fördern, gesprochen werden. Was mir am meisten Leid tut, ist, dass wir trotz der 40 Millionen DM, die wir für die Gegenwartskunst ausgeben - ein unglaubliches Signal -, fast keine unbekanntes Künstler haben, dass die Künstler der letzten Jahrzehnte keine Chance haben und dass die Künstler der nächsten Jahrzehnte keine Chance haben, weil das Geld ausgegeben ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Darüber sollten wir einmal eine Debatte führen. Das hat ganz viel mit der Freiheit der Kunst zu tun, aber auch mit der Freiheit des Wortes der Abgeordneten.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Nächster Redner ist der Kollege Ulrich Heinrich, F.D.P.-Fraktion.

Ulrich Heinrich (F.D.P.):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig: Professor Hans Haacke hat sich viel vorgenommen. Wer ausgerechnet im deutschen Parlament den Begriff Volk infrage stellt, darf sich über die kritischen Töne eigentlich nicht wundern.

Aber um es vorweg zu sagen: Ich finde die kritischen Töne und Diskussionen ausgesprochen positiv. Dies geht zugunsten unserer demokratischen Kultur und zugunsten der Kunst im Allgemeinen, aber auch der Kunst im Deutschen Bundestag im Besonderen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem bleibt festzustellen: Die Töne sind umso kritischer, je weniger man sich mit dem Kunstwerk auseinander setzt oder davon weiß.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb war es eine sehr weise Entscheidung, dass ein Kunstbeirat berufen wurde. In diesem Kunstbeirat sitzen so ganz normale Abgeordnete wie ich. Sie werden von einer ganzen Reihe von Kunstsachverständigen, die ebenfalls dem Kunstbeirat angehören, unterstützt. Dieser Beirat hat sich in zwei Sitzungen sehr intensiv mit dem von ihm in Auftrag gegebenen Kunstwerk befasst und sich jedes Mal mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen.

Lieber Herr Kollege Lammert, Sie haben vorhin aus der Beschreibung des Künstlers zitiert. Der Kunstbeirat hat sich diese Beschreibung ausdrücklich nicht zu Eigen gemacht, die hier mitgeliefert worden ist.

(Beifall bei der SPD - Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Sie ist ja Gegenstand des Berichtes!) Ich gebe uns auch die Freiheit, nicht sklavisch an dem festzuhalten, was der Künstler mit seinem eigenen Projekt hier interpretiert, sondern unsere eigene Interpretation in der Form zu geben, dass wir sie nicht lächerlich zu machen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Inschrift "Dem Deutschen Volke" im Westgiebel des Reichstags gab den Anstoß für Haackes Anliegen, in einem Kunstwerk aufzuzeigen, wie stark der Begriff "deutsches Volk" missbraucht wurde, ganz im Gegenteil zum damaligen demokratischen Verständnis und somit zur positiven Botschaft, wie sie ursprünglich gedacht war.

Wenn der Vergleich zu Frankreich und Großbritannien kommt, meine sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann darf ich doch da-rauf hinweisen, dass es in der deutschen Geschichte einen massiven Missbrauch des Wortes Volk gab und dass genau dieser Missbrauch des Wortes Volk den Künstler veranlasst hat, hier einen Bogen zu spannen zu einer "Bevölkerung".

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. sowie bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Bogen zu spannen finde ich im wahrsten Sinne des Wortes eine spannende Sache. Er erinnert an die Säuberungen im völkischen Sinne, vorgenommen durch die Nationalsozialisten - 113 Reichstagsabgeordneten wurde ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk ab-erkannt, 75 davon kamen in Haft ums Leben und acht unserer ehemaligen Kollegen verübten Selbstmord -, erinnert aber auch an den Missbrauch des Wortes Volk während der kommunistischen Herrschaft im geteilten Deutschland. Die Sprechchöre der 89er Demonstranten "Wir sind das Volk" stellen sich ebenfalls ganz bewusst gegen den Missbrauch des Volkes in der damaligen DDR.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Verweis auf Art. 3 des Grundgesetzes, "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden", ist hier ebenfalls ausgesprochen wichtig. Dieses Postulat wurde nicht umsonst 1949 ins Grundgesetz geschrieben.

Wer heute aus "Volk" "Bevölkerung" macht, schafft das deutsche Volk noch lange nicht ab, sondern erweitert den Begriff in der Form, dass er auch unserem heutigen demokratischen Verständnis entspricht, und macht deutlich, für wen dieses Parlament arbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es leben in Deutschland derzeit etwa 10 Prozent Ausländer und es werden in Zukunft noch mehr werden. Die Niederlassungsfreiheit in der EU und die geplante Osterweiterung werden diesen Trend fortsetzen, ob wir wollen oder nicht. Wir werden als Parlament in immer stärkerem Maße dieser Entwicklung Rechnung tragen müssen.

Der Bogen, der zwischen dem historischen Reichstagsgebäude und dem Deutschen Bundestag gespannt wird, spiegelt sich in "Volk" und "Bevölkerung" meiner Meinung nach sehr gut wider.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Besonders beeindruckend, aber auch herausfordernd ist für uns Abgeordnete ganz sicher das Heranschleppen von Erde aus unseren verschiedenen Wahlkreisen. Diese Interaktion und Partizipation zeigt deutlich, dass es sich um ein Kunstwerk handelt, welches man nicht überall aufstellen kann, sondern welches ausschließlich für den Deutschen Bundestag geschaffen wurde.

Ich finde auch die Geste, dass die Erde aus den Wahlkreisen sozusagen als Partikularinteresse hierher gebracht wird, die dann mit allen anderen Regionen in ein großes Ganzes einmünden, sehr symbolträchtig.

Meine Damen und Herren, wir alle haben schon an ersten Spatenstichen teilgenommen. Ich frage Sie: Wer hat nicht auch damals sozusagen seinen Teil zur Symbolik beigetragen? Das ist genau das Gleiche.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird das Zusammenwirken aller Abgeordneten deutlich unterstrichen. Es ist gerade kein Blut-und-Boden-Symbol.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Uwe Küster [SPD]: Ganz im Gegenteil!)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Kollege Heinrich, Sie müssen zum Schluss kommen.

Ulrich Heinrich (F.D.P.): Frau Präsidentin, ja. Um mit Hans Haackes Worten zu sprechen, wird mit der "Bevölkerung" gerade das Blut aus der Erde genommen. Hier geht man mehr in Richtung Jus soli. Überlegen Sie sich dies genau, und Sie kommen zu dem gleichen Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS - Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben schon lange überzogen!)

Frau Präsidentin, mein letzter Satz: Obwohl man Zweifel haben kann, ob man über Kunst im ganzen Parlament abstimmen sollte, weil Kunst nicht per Mehrheit bestimmt werden kann, sondern auch die Freiheit der Kunst eine tolerante Haltung aller verlangt, bitte ich Sie, Toleranz zu üben, dem Projekt zuzustimmen und den Antrag deshalb abzulehnen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der PDS)
Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächste Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Hanna Wolf, SPD-Fraktion.

Hanna Wolf (München) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stimmen heute über Hans Haackes Kunstprojekt ab, weil er für seine Erdinstallation nicht etwa ein Gartencenter beauftragen will, sondern alle 669 heutigen und auch alle zukünftigen Abgeordneten zum Mitbringen eines Zentners Erde aus ihrem Wahlkreis auffordert. Dadurch werde ich zur Mitgestalterin. Weil ich den Künstler ernst nehme, will ich auch begründen, warum ich nicht mitmachen werde. Die fürsorglich bevormundenden Briefe, die wir alle bekommen haben, und die herablassenden Artikel in einigen Feuilletons über die Kompetenz von Politikern

(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

veranlassen mich auch zum öffentlichen Widerspruch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Der Kunstbeirat wird nicht desavouiert, wenn das Plenum heute über diesen Vorschlag abstimmt. Allerdings hätte ich mir gewünscht, dass der Kunstbeirat die Entscheidung von sich aus offen gehalten hätte,

(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

da ja jede und jeder Abgeordnete sich aktiv beteiligen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P.)

So begeistert ich von Anfang an über die Verhüllung des Reichstages durch Christo und Jeanne-Claude war, Haackes Installation kann ich nicht mitgestalten. Bevor ich einige meiner Gründe nenne, distanziere ich mich aufs Schärfste von zynischen, ausländerfeindlichen Sprüchen, die ich leider auch von der Seite einiger gelesen habe, die das Haacke-Konzept ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der PDS - Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Der Herr Glos!)

Mit den Ansichten eines Herrn Glos zum Beispiel mache ich mich nicht gemein.

(Monika Griefahn [SPD]: Er hat gesagt, die Inder sollten das machen!)

Zu meinen Gründen. Erstens. Die Inschrift im Giebel des Reichstagsgebäudes "Dem Deutschen Volke" war in der Entstehungszeit, wie Haacke selber schreibt, "eine Herausforderung für den Kaiser, der deshalb ihre Realisierung lange zu verhindern wusste. Der Kaiser spürte wohl einen Hauch der französischen Revolution." Dass die

Nazis diesen Begriff missbraucht haben, gehört zur Tragik unserer Geschichte. Aber 1989 riefen die Menschen in Leipzig: "Wir sind das Volk!" Es war eine Provokation für die DDR-Machthaber, und niemand hat es chauvinistisch verstanden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der PDS)

Diese revolutionäre Tradition des Begriffs Volk möchte ich nicht begraben sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zweitens. 1999 ist der Deutsche Bundestag von Bonn nach Berlin in das Reichstagsgebäude umgezogen. Bei meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete gilt für mich das Grundgesetz. In Art. 1 des Grundgesetzes heißt es: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

In Art. 3 Satz 1 des Grundgesetzes steht: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Hier wird ohne Einschränkung immer von den Menschen gesprochen, das heißt, von allen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben. Das Grundgesetz ist mir Auftrag genug. Einer weiteren Erinnerung bedarf es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Drittens. Hans Haacke - das ist für mich der gravierendste Grund - hat sich immer wieder mit der Nazidiktatur auseinandergesetzt. Umso irritierter bin ich, dass er eine durch die Nazis besetzte Erdkultsymbolik seiner Installation zugrunde legt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.) Hatten doch die Nazis aus allen deutschen Gauen - wie es damals hieß - Erde zu den Olympischen Spielen nach Berlin gekarrt. Einen Erdkult kann und will ich nicht mittragen. Ich halte ihn für peinlich und mystifizierend.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Hans Haacke versteht sich als politischer Künstler und ich erwidere ihm ebenfalls politisch: Die Debatte über die Inschriften "Volk" oder "Bevölkerung" hat meiner Meinung nach ihren Zweck bereits erfüllt. Die Erdsymbolik halte ich für politische falsch. Wenn viele Bundestagsabgeordnete die Mitgestaltung aus unterschiedlichen Gründen ablehnen, sollte Haacke selber sein Konzept zurücknehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich hätte mir auch gewünscht, er hätte wie Christo eine neue Metapher gefunden, statt mit alter Symbolik zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Jetzt spricht der Kollege Dr. Heinrich Fink, PDS-Fraktion.

Dr. Heinrich Fink (PDS): Liebe Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Peter Behrens von der Berliner jüdischen Eisengießerei die Giebelinschrift für den deutschen Reichstag gestaltete, verstand der deutsche Kaiser dieses sein deutsches Volk durchaus noch als seine Untertanen, die dann in demokratischen Gremien aktiv im Parlament streiten durften. Vaterlandsliebe und Treue zum Kaiser galten vielen als unaufgebbare Werte.

Die beiden Kunstschmiede, die sich damals, als sie die Lettern "Dem Deutschen Volke" in Metall setzten, noch als Deutsche zählen und fühlen durften, wurden ab 1935 durch den Arierparagraphen zu Undeutschen degradiert. Im Namen des nunmehr rassistisch reinigenden deutschen Volkes ist der eine der Eisengießer in Plötzensee hingerichtet und der andere der Eisengießer in Theresienstadt ermordet worden. 1935 hat Bertolt Brecht in seinem im Exil verfassten Aufsatz über die fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit geschrieben Wer in unserer Zeit statt Volk Bevölkerung sagt, unterstützt schon viele Lügen nicht.

Diese Aussage - so Hans Haacke - habe ihn wesentlich inspiriert.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und der SPD) Der hier eingebrachte Antrag, die Entscheidung des Kunstbeirates beim Bundestagspräsidenten, der beauftragt ist, mithilfe von Sachverständigen über die Kunst im Reichstag zu befinden, rückgängig zu machen, gilt meinem Eindruck nach nicht der künstlerischen Konzeption von Hans Haacke, sondern den beiden Worten "Der Bevölkerung". Sie sind das eigentliche Ziel des Protestes. Das bestätigen mir auch die vielen Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern, übrigens - das ist für mich auch interessant - bis jetzt nur aus den alten Bundesländern, die ihrer Empörung oft sogar mit Begriffen aus brauner Vergangenheit Luft gemacht haben.

"Der Bevölkerung" ist keine Umwidmung dieses geschichtsträchtigen Hauses, sondern bringt für das deutsche Volk 82 Jahre Ringen um demokratische Veränderungen künstlerisch gestaltet ins Wort

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) und bringt damit Politiker, Gäste und Besucher hoffentlich dauerhaft in die Diskussion. Deshalb finde ich dieses Kunstwerk notwendig und deshalb gefällt es mir.

(Beifall bei der PDS und der SPD sowie der Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hans Haacke lebt seit den 60er-Jahren in den USA und äußert sich seit Jahrzehnten als kritischer Demokrat in immer aufs Neue überraschenden Formen zur Demokratie und zu aktuellen,

dringlichen Fragen des Lebens. Wurde Haacke nicht gerade deshalb um die Ausgestaltung des Lichthofes gebeten, weil man von ihm erwarten konnte, in die preußische Strenge Ungewöhnliches zu komponieren?

(Beifall bei der PDS und der SPD sowie des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

Kolleginnen und Kollegen, jeder, der den Namen Haacke im Zusammenhang mit Kunst im Reichstag hörte, wusste doch, dass dies eine Provokation wird, und die Debatte zeigt es.

Ich verstehe nicht, warum wir in unserem in politischen Kontroversen wahrlich erfahrenen Bundestag per Abstimmung diese ernsthafte demokratische Herausforderung eines namhaften Künstlers ausschlagen sollen. Alles, was wir im Bundestag entscheiden und als Gesetze festschreiben, ist doch für alle in Deutschland lebenden Menschen und nicht nur die Deutschen verbindlich. Für alle heißt: für die Bevölkerung.

(Beifall bei der PDS und der SPD)

Ich finde es ermutigend, dass Haacke der Bevölkerung Verständnis für dieses Projekt zutraut. Museumsdirektoren und Museumspädagogen vieler Städte, der Präsident der Bundesarchitektenkammer, Galeristen, Direktoren von Kunsthochschulen, Kunstvereine und auch Künstler haben in einem offenen Brief ihre Bitte an den Bundestag gerichtet, in Haackes Modell doch einen komplementären Bogenschlag und nicht etwa die Absage an die Giebelwidmung zu entdecken.

(Beifall bei der PDS und der SPD)

Sie jedenfalls sehen einen produktiven Widerspruch, der die Tradition hellwach vor dem Erstarren in Konventionen bewahren hilft. Ich sehe in Haackes Werk eine in eine interessante Form gebrachte wichtige Äußerung, ein monumentales Epigramm, das kein Anschlag auf die Verfassung, sondern ein Glücksfall für die Demokratie ist,

(Beifall bei der PDS und der SPD)

damit die möglicherweise sonst auch weiterhin verdrängte Auseinandersetzung über das deutsche Volk in der Bevölkerung in Gang gebracht wird. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag nicht zuzustimmen, sondern es bei der Entscheidung des Kunstbeirates und seiner Sachverständigen zu belassen, um uns nicht dem Verdacht auszusetzen, dass Kunst in Zukunft parlamentarisch zensiert wird.

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich bitte Sie, uns diese Blamage zu ersparen.

(Beifall bei der PDS und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächster Redner ist der Kollege Hans-Joachim Otto, F.D.P.-Fraktion.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Hans Haackes Projekt überzeugt mich nicht in seiner Ästhetik und schon gar nicht in

seiner politischen Symbolik und deswegen möchte ich es nicht in unserem Hause haben.

In den Erläuterungen zu seinem Projekt bezeichnet Hans Haacke die Giebelaufschrift "Dem Deutschen Volke" als eine nationalistische, exklusive Parole. Das ist nichts weniger als eine Geschichtsklitterung. In Wahrheit wurde die Widmung in einem Akt republikanischer Emanzipation 1915 gegen den Widerstand des Kaisers durchgesetzt und hat deswegen einen verfassungspatriotischen, geradezu partizipatorischen Ursprung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wenn Hans Haacke den Begriff des deutschen Volkes noch immer für durch die Propaganda sowohl der NSDAP als auch der SED belastet hält, so übersieht er, dass zumindest die mutigen DDR-Bürger 1989 mit ihrem Freiheitsruf "Wir sind ein Volk" - ein deutsches Volk - diesen Begriff rehabilitiert und ihm seinen demokratischen Klang zurückerobert haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Mein schwerster Vorwurf: Haackes Projekt leidet unter einer höchst widersprüchlichen Symbolik. Wenn er den Volksbegriff durch Hitler als dauerhaft besudelt ansieht, dann gilt dies mindestens in gleichem Maße für das von ihm beabsichtigte Ritual der Erdbeschaffung.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Man muss dieses nicht mit den Olympischen Spielen 1936 und nicht mit der NS-Weihestätte in der Quedlinburger Stiftskirche vergleichen, in der 1940 Urnen mit Erde aus allen deutschen Gauen deponiert worden sind und die dort heute noch stehen. Jedenfalls belastet die Blut- und Boden-Mythologie der Nazis diese von ihm gewünschte Symbolik einer Beschaffung von Heimat-erde. Einen weiteren Widerspruch in Haackes Projekt sehe ich darin, dass die von ihm ausdrücklich angestrebte Provokation die gleichzeitig geforderte Partizipation möglichst aller Abgeordneten verhindert: Wie viele von uns, frage ich Sie, werden wohl ihr Eimerchen Heimaterde herschaffen, wenn wir hiermit zu einer Umwidmung des Parlaments beitragen sollen, die zwar dem Wunschbild des Künstlers, nicht aber unserem Grundgesetz entspricht? Hier liegt der entscheidende Unterschied zu Christos Projekt der Reichstagsverhüllung, dem ich seinerzeit mit großer Begeisterung zugestimmt habe: Christo hatte ein überzeugendes, ein tragfähiges, ästhetisches Konzept entwickelt.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Er hatte es nicht nötig, die Mitglieder des Bundestages für seine politischen Überzeugungen zu instrumentalisieren. Er hat mit Ästhetik geworben und nicht mit politischen Hintergedanken.

Es ist wahr: Kunst hat durchaus das Recht und vielleicht auch die Pflicht, sich in Politik einzumischen. Wir Politiker haben aber doch nicht die Pflicht, über jedes uns von Künstlern hingehaltene Stöckchen zu springen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Bei dieser Abstimmung geht es - da hat der Kollege Dr. Lammert völlig Recht - um ein Stück Selbstachtung dieses Parlaments auch gegenüber seiner eigenen Geschichte.

(Beifall des Abg. Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle erkennen die Freiheit der Kunst an; wir erkennen aber nicht ein ästhetisches Monopol für Kunstsachverständige und des Kunstbeirates an.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Haben Sie daher Mut zu einer eigenen, zu einer persönlichen, zu einer souveränen Entscheidung! Stimmen Sie für den Gruppenantrag! Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Rita Süßmuth, CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Rita Süßmuth (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir entscheiden heute im Bundestag über das künstlerische Projekt von Hans Haacke. Ich habe keine Probleme damit, dass diese Entscheidung in den Bundestag getragen wird; denn wann immer eine Gruppe von Abgeordneten dies wünscht, geschieht es. Wir im Kunstbeirat maßen uns nicht mehr Souveränität an als im Deutschen Bundestag. Diese Frage steht für mich nicht im Streit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn heute erklärt wird, es stehe nicht die Freiheit der Kunst in Rede, dann kann ich dem auch noch zustimmen. Hier aber es geht um eine höchst politische Entscheidung, die heute getroffen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Dass das Projekt Haackes so im Streit ist, hat seine Gründe; die Erde ist dabei nur ein nachgeordnetes Problem. Es geht im Kern um die Frage, ob wir wirklich bereit sind, dem Spruch "Dem Deutschen Volke" die Ergänzung "Der Bevölkerung" folgen zu lassen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Hier meinen einige, dass das selbstverständlich sei, da Art. 3 des Grundgesetzes doch gelte. Ich frage: Wenn das so selbstverständlich ist, warum dann dieser Aufruhr?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Offenbar ist es überhaupt nicht selbstverständlich. Die Vielzahl der eingegangenen Briefe zeigt, wie sehr es sich um ein Politikum handelt. Glauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist das gute Recht jedes und jeder Einzelnen, zu entscheiden, ob er oder sie mitmachen will oder nicht. Aber in Hunderten von Briefen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - gibt es nur einen Tenor, nämlich dass das, was wir hier zulassen würden, all denjenigen, die es wollen, den Vorwurf einbringt, Verbrecher, Mörder und Verräter des Vaterlands zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun kann man sagen, diese Minderheit kümmert uns nicht. Aber diese Minderheit hebt kräftig an und wirft den noch Mächtigen vor, sie seien für die Milliardenbeträge an Sozialhilfe, die wir für Ausländer und Asyl Suchende, die hier nicht hingehören, zahlen müssen, verantwortlich. Ich muss dies beim Namen nennen, weil es Grundtenor nicht nur einzelner Briefe, sondern Hunderter von Briefen ist.

(Beifall bei der SPD dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Weiter wird gefragt, ob diejenigen, die zugestimmt hätten, nicht sowieso geisteskrank oder von allen guten Geistern verlassen seien. Es wird gefragt: Sollen die Gelben, die Schwarzen, die Türken und die Zigeuner etwa auch dazu gehören? Das wäre der Verrat am Vaterland. - Dies muss man mit im Hinterkopf haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Es wäre gut, wenn all die Briefe, die viele von uns bekommen haben, bei einer Ablehnung des Projekts als Dokumentation an den leeren Platz des nördlichen Lichthofes gelegt würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Man kann über Gras, Steine und Erde trefflich streiten. Ich verwehre es auch niemandem - dazu habe ich auch gar kein Recht -, zu erklären, der Erde würde ein bestimmter Mythos anhaften. All denjenigen, die sonst mit hohem Pathos so viel von Heimaterde sprechen, widerspricht Haacke ganz schlicht,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

indem er sagt, es gehe ihm um ein Stück demokratischer Territorialität. Das muss nicht jeder begrüßen. Ich finde, das ist vielleicht der schwächste Teil an seinem Projekt.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das stimmt!)

Ich möchte denjenigen, die hier so laut tönen und von "Blut und Boden" sprechen, sagen: Ich habe hohen Respekt vor der Heimaterde.

(Zurufe von der CDU/CSU)

- Ja, ich habe das. Ich habe in meiner Familie selbst Vertriebene, die Tausende von Kilometern gefahren sind, um ein Stückchen Heimaterde zu holen, ohne dass sie revanchistisch oder mit negativen Ressentiments belegt gewesen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Ich füge hinzu: Andere Völker bringen Steine an bestimmte Orte.

Wir tun heute so, als hätten wir alle damals Christo mit großem Herzen zugestimmt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.])

Ich erinnere mich noch sehr gut, dass ich in der Nacht vor der damaligen Entscheidung glaubte, wir fänden im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Es ist anders ausgegangen.

Wir reden so oft von unserer Selbstachtung und Würde. In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend zu bedenken geben: Wenn wir ein Häufchen Erde ungesehen in den Trog werfen, wird das unserer Würde weniger schaden als manche Debatte, die im Deutschen Bundestag abläuft.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.])

Vizepräsidentin Petra Bläss: Es spricht jetzt die Kollegin Franziska Eichstädt-Bohlig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Franziska Eichstädt-Bohlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, ein bisschen zur Abrüstung beizutragen, die Antje Vollmer zwar gefordert, aber meiner Meinung nach nicht geleistet hat.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Ich möchte auch ein bisschen zu der kritischen Auseinandersetzung beitragen, die Norbert Lammert eingefordert hat. Ich glaube nicht, dass die, die sich für das Projekt - und damit gegen den Antrag, den Sie gestellt haben - aussprechen, dies in demütiger Bewunderung, sondern sehr wohl überlegt und durchdacht tun.

Noch einmal zur Vorgeschichte: Als der Kunstbeirat in der letzten Legislaturperiode beschloss - ich glaube, einstimmig, Herr Kauder war dabei; wir haben es intensiv besprochen -, Hans Haacke zu beauftragen, wussten wir fraktionsübergreifend, was wir taten. Wir wussten, dass wir einen Künstler beauftragen, der die Politik durchaus provoziert und zur Auseinandersetzung mit der Kunst herausfordert, einen Künstler, der Politik und Kunst in eine spannungsvolle, untrennbar miteinander verwobene

Wechselbeziehung setzen möchte. Wenn wir heute entscheiden, dass dieses Projekt nicht verwirklicht wird, dann entscheiden wir auch, dass diese Hand

wieder zurückgezogen wird. Ich glaube, dies ist eine Dimension, die wir bedenken sollten. Meiner Meinung nach ist das Spezielle an diesem Projekt, über das wir diskutieren, dass es ein Denkwerk und nicht nur ein Kunstwerk ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der SPD und der PDS)

Wir sind es gewohnt, dass Kunstwerke primär an unsere Gefühle, an unser unterbewusstes Assoziationsvermögen appellieren.

Demgegenüber schafft Haacke die Herausforderung zur Aufklärung, zum Denken. Er zwingt uns regelrecht zur Selbstreflexion unseres Handelns. Meiner Meinung nach stellt er gerade uns Parlamentariern zwei Fragen und wirkt damit - ich habe damit keine Probleme, Herr Kollege Lammert - sehr wohl aufklärend. Er fragt uns: Für wen macht ihr Politik? Ausschließlich für deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger oder für alle Menschen, die auf deutschem Boden leben?

Die zweite Frage, die er uns stellt, die schon Gegenstand der Diskussion war, ist: Könnt ihr eigentlich mit dem Boden, der uns alle trägt und nährt, natürlich und unverkrampft umgehen oder steht ihr immer noch im Banne der Blut-und-Boden-Mythen des Nationalsozialismus? Ich muss sagen, dass ich nicht alle Antworten teile, die Haacke selbst mit seiner Projektinterpretation gegeben hat.

Zunächst einmal - das möchte ich hier deutlich sagen, gerade auch in Richtung Antragsbefürworter - bin ich nicht der Ansicht, dass die Inschrift "Dem Deutschen Volke" durch den Faschismus so dauerhaft entwürdigt worden ist, dass man das Wort "deutsches Volk" nicht mehr aussprechen darf. Ich glaube schon, dass wir zu einer so engagierten demokratischen Politikkultur gefunden haben, dass es uns wieder erlaubt ist, auch selbstbewusst zu unserer deutschen Identität zu stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn das so ist - das sollten wir gemeinsam so sehen, egal, wie wir zu dem Projekt stehen -, bin ich der Meinung, dass wir diesen Denkanstoß, den uns Haackes Projekt gibt, wirklich nutzen sollten; er ist richtig und wichtig. Denn die Diskussion der letzten Wochen zeigt, wie viele Menschen immer noch Identitätsschwierigkeiten haben. Deswegen müssen wir über Begriffe wie "deutsches Volk" und "deutsche Bevölkerung" weiterhin einen Dialog führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS sowie des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.])

Auch die zweite Frage, die uns Haacke stellt, kann unterschiedlich beantwortet werden. Ich selbst habe mit dem Erdritual auch so meine Probleme. Ich werde hier kein Säckchen Erde hinschleppen. Aber ich habe mit vielen jüngeren Kollegen gesprochen, die mich fragen: Welche Schwierigkeiten hast du mit der Heimaterde? Die

sind durchaus bereit, Heimaterde - nicht nur Wahlkreiserde, Herr Haacke - mitzubringen. Sie sagen, gerade unsere Grünen: Das wollen wir mit Hanfsamen und Sonnenblumen bepflanzen, da soll optimistisch und fröhlich etwas wachsen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist durchaus legitim, den Denkanstoß in Sachen Erde mythisch, problematisch, nationalsozialistisch beschwert oder auch fröhlich und optimistisch zu sehen. Denn wir müssen nicht dieselben Antworten im Kopf und im Herzen haben, wenn wir dieses Projekt befürworten. Ich wünsche mir aber, dass wir den Mut haben, die Fragen, die Haacke aufwirft, und das Denken, das er uns abverlangt, auch wirklich zuzulassen: nicht nur mit Blick auf uns hier und heute in dieser Diskussion, sondern auch mit Blick auf die kommenden Parlamentarier- und Besuchergenerationen, die diese Inschrift lesen und dadurch selber zum Denken angeregt werden. Ich werbe dafür, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächster Redner in der Debatte ist der Kollege Volker Kauder von der CDU/CSU-Fraktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da der Saal jetzt schon sehr voll und auch der Lärmpegel sehr hoch ist, möchte ich ausdrücklich darum bitten, auch den letzten beiden Rednern in dieser Debatte die entsprechende Aufmerksamkeit zu zollen.

Volker Kauder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir entscheiden heute darüber, ob das Haacke-Kunstwerk "Der Bevölkerung" im Reichstag installiert werden soll. Wir entscheiden aber nicht über Kunst, sondern führen eine politische Debatte. Es geht nicht um ästhetische Begriffe und schon gar nicht um die Frage von Kunstfreiheit. Die Kunst in Deutschland ist frei und auch durch diese Diskussion findet keine Zensur von Kunst statt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Was mussten wir im Vorfeld nicht alles lesen! Die Freiheit der Kunst sei in Gefahr, wenn wir es heute wagen sollten, Nein zu diesem Kunstwerk zu sagen. Wie soll denn die Freiheit der Kunst gefährdet werden, wenn es nur darum geht, zu entscheiden, wo dieses Werk aufgestellt wird?

Hans Haacke kann es überall in Berlin aufstellen, nur nicht im Reichstag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ein sicherlich genauso abwegiges Argument, um uns hier einzuschüchtern, ist es zu sagen, es handle sich um das Werk eines renommierten Künstlers, das von renommierten deutschen

Kunstsachverständigen für gut befunden worden sei.

Schließlich der Beitrag von Hans Haacke selbst. Er will ein Kunstwerk in das Reichstagsgebäude stellen mit der Überschrift "Der Bevölkerung". Wenn sich aber einer aus dem Volk wie Michael Glos äußert, wird ihm von Hans Haacke beschieden, ein Müllermeister könne über sein Kunstwerk nicht urteilen. Welche Arroganz gegenüber einem Mann aus dem Volk, der über dieses Kunstwerk diskutieren will!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir alle können die Interpretation von Hans Haacke lesen und uns unsere eigene Meinung zu seinem Kunstwerk bilden. Ich sage Nein zur Aufstellung dieses Werkes im Deutschen Bundestag. Die zahlreichen Zuschriften von Deutschen, die dieses Kunstwerk ebenfalls ablehnen, haben mich in meiner Ansicht bestärkt.

(Zurufe von der SPD: Hoi!)

Ich lehne es ab, wie es hier gemacht wurde, allen Zuschriften nationalsozialistisches Gedankengut zu unterstellen. Es ist unglaublich, so etwas zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. - Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Aber 80 Prozent!)

- 80 Prozent, wird da gesagt. - Sehr viele Menschen haben mir geschrieben, dass sie dieses Kunstwerk ablehnen und sich dadurch beleidigt fühlen.

Das einzige Ziel des Werkes von Hans Haacke ist die Provokation. Das ist Haackes "Kunstwerk".

Das ist nichts besonders Originelles!

"Publikumsbeschimpfungen" gab es auch schon früher.

(Zuruf von der SPD: Es ist keine Beschimpfung!)

Gerade in diesen Tagen müssen jüdische Menschen in New York unter Haackes ähnlich gestricktem Kunstwerk "Sanitation" leiden. Sie haben geschrieben, sie fühlten sich durch dieses Kunstwerk beleidigt. Das können Sie in den Zeitungen nachlesen.

Es hat einen wirklich faden Beigeschmack, wenn einige Haacke-Anhänger die beleidigenden Aussagen angeblich nicht erkennen können und stattdessen von

überzeugender Ausdruckskraft sprechen. Ist schon der konzeptionelle Rahmen des Kunstwerkes recht abgegriffen, so ist es vor allen Dingen die politische Grundaussage. Haacke geht dabei nach dem folgenden simplen Rezept vor: Man reduziere Deutschland, seine Geschichte und sein Volk auf die schrecklichen zwölf Jahre

Nationalsozialismus, mische darunter dunkle Begriffe wie Volkssturm oder Volksgerichtshof; dann verzerre man alles bis ins abgrundtief Böse, Schlechte und Negative. Schließlich definiere man einen Gegenbegriff wie Bevölkerung, den man

den Deutschen rasch als reinigende Lösung anbietet, und alles ist wieder gut.

(Hans-Werner Bertl [SPD]: Hören Sie auf! Das ist nicht mehr auszuhalten!)

Haacke sieht die Inschrift "Dem Deutschen Volke" am Reichstag und gibt sich erschrocken, wie er formuliert. Dann fabuliert er über die unheilvolle Rolle des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert, wobei die positiven Entwicklungen der letzten 55 Jahre und all das, was sich in diesem Land bewegt hat, bei ihm erkennbar nicht angekommen sind. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Er kommt zu einem unglaublichen Schluss, der schon vor dem Hintergrund unserer Verfassung unglaublich klingt: Für ihre Entscheidungen sind die Bundestagsabgeordneten nicht gegenüber einem mythischen Volke, sondern gegenüber der Bevölkerung verantwortlich. Ein Blick ins Grundgesetz hätte ihm gezeigt, dass alle Gewalt "vom Volke" - vom deutschen Volke - ausgeht und die Abgeordneten in diesem Reichstag (Zuruf von der SPD: Immer noch Bundestag!) in erster Linie die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dies hat der selbst erklärte Verfassungspatriot, wie eine Pressemitteilung vom 13. Februar 2000 zeigt, offenbar nicht verstanden. In dieser Presseerklärung versteigt sich Haacke zu folgender Formulierung: "Die rassistische Definition, wer zum deutschen Volk gehört, fordert auch heute noch Menschenopfer." Dies ist seine Erklärung für sein Kunstwerk. Eine solche Erklärung zu einem Kunstwerk will ich im Deutschen Bundestag nicht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht also um Politik, nicht um Ästhetik. Daher wäre die Angelegenheit im Kunstbeirat letztlich auch nicht vom richtigen Gremium beraten worden. Es ist richtig, dass wir hier im Deutschen Bundestag der Bevölkerung klarmachen, ob wir uns von einer ideologischen Begründung Haackes an der Nase herumführen lassen wollen.

Herr Thierse, noch vor wenigen Tagen haben Sie hier in diesem Gebäude als einer der Hauptredner der Feierstunde zur ersten freien Volkskammerwahl das Volk als politischen Souverän gefeiert. Sie haben Ihre Freude darüber ausgedrückt, dass in der DDR die Zeit vorbei war, in der eine politische Kluft zwischen dem Volk auf der einen und den Abgeordneten der Nationalen Front der DDR auf der anderen Seite bestand.

Am 18. März 1990 ist in der DDR etwas zusammengewachsen, was zusammengehört, nämlich das souveräne Volk und seine Volksvertretung. Soll durch die Agitation eines Künstlers nur zehn Jahre später eine neue Kluft aufgerissen werden?

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Dies wollen wir nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wann, liebe Kolleginnen und Kollegen, lernen wir Deutschen endlich, uns normal zu benehmen, (Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hoi!)

so normal wie die Franzosen und die Briten? Sie haben eine freiheitliche Lebensform für das souveräne Staatsvolk geschaffen und behandeln die nicht zum Volk gehörenden fremden Bewohner des Landes dennoch würdig. Hier in Deutschland glauben aber immer noch einige, dass man das deutsche Volk in einem negativen Licht darstellen muss, um ein guter Mensch zu sein. Dies ist nicht meine Auffassung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sage deshalb - und dies sage ich für die überwiegende Zahl der Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - Nein zu diesem simplen und für unser Haus unwürdigen Kunstwerk. Ich sage Nein dazu, dass der Versuch unternommen wird, das deutsche Volk verächtlich zu machen, auf eine kurze Zeit seiner Geschichte zu reduzieren.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Buh!)

Ich sage Nein zu dem Versuch der Distanzierung des Deutschen Bundestages von seinem eigenen Volk.

Ich bitte Sie, dem Gruppenantrag zuzustimmen. (Beifall bei der CDU/CSU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Buh! - Pfui!)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Letzter Redner in dieser Debatte ist der Abgeordnete Wolfgang Thierse, SPD-Fraktion.

Wolfgang Thierse (SPD):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kunst ist Freiheit. Das ist ihr inneres Wesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie lässt Unterschiede zu, lädt ein zu Streit, zur Diskussion, zur Subjektivität und zur Artikulation unseres je eigenen Geschmacks, Empfindens, Fühlens und Denkens. Deshalb ist unterschiedliches ästhetisches Urteil legitim, sind gegensätzliche Meinungsäußerungen selbstverständlich, auch von Politikern und natürlich auch von Parlamentariern. Aber, lieber Kollege Lammert, lieber Kollege Kauder, warum müssen sie mit dieser schneidenden Schärfe ausgetragen werden?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Frau Kollegin Vollmer, wenn Sie die Aufrüstung beklagen - wer hat sie betrieben? Unterschiede, Meinungsverschiedenheiten in Kunstfragen sind also normal und angemessen, gerade auch dann, wenn Sie, wenn wir vom Künstler ausdrücklich zum Mittag eingeladen sind. Es ist also durchaus legitim, wenn sich das Plenum des Deutschen

Bundestages mit diesem Projekt befasst, zumal der Bundestag als Auftraggeber fungiert.

Was aber soll nach welchen Kriterien heute entschieden werden? Das ist die eigentliche Frage. Wir entscheiden darüber, ob ein Kunstprojekt verwirklicht wird oder nicht. Ich will Ihnen gestehen, dass auch ich zwiespältige Empfindungen bei diesem Projekt habe, viele Argumente dafür und dagegen nachvollziehbar finde. Die Erdemetaphorik halte ich für problematisch. Darüber habe ich mit Hans Haacke gestritten. "Wir sind das Volk" haben wir Ostdeutschen 1990 gerufen und nicht "Wir sind die Bevölkerung". Auch das habe ich dem Künstler im Kunstbeirat entgegengehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was für eine Entscheidung treffen wir heute? Eine ästhetische Entscheidung? Ja, selbstverständlich. Auch diejenigen, die betonen, dass sie eine politische Entscheidung treffen, werden doch nicht bestreiten, dass sie über das Schicksal eines Kunstprojektes entscheiden und dass damit ein politisches Gremium, wie es das Plenum des Bundestages nun einmal ist, über ein Kunstprojekt entscheidet. Vor dieser Entscheidung dürfen sie sich nicht drücken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Nun gehört es aber zu den kostbaren Vorzügen unserer Demokratie - das möchte ich Ihnen zu bedenken geben -, dass in ihr eine beträchtliche Sensibilität gegenüber den misslichen, den inkommensurablen politischen Entscheidungen über Kunst gewachsen ist. Wie sähe die Kunstgeschichte aus, hätte das Entstehen von Kunstwerken jeweils von mehr oder minder politischen Mehrheitsentscheidungen von Gremien abgehangen?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

Stellen Sie sich bitte diese Kunstgeschichte einmal vor!

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Was folgt für das konkrete Projekt daraus?)

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich noch eine Bemerkung hinsichtlich meiner DDR-Erfahrung machen. Dort haben politische Gremien ständig über Kunst entschieden. Ich will nichts gleichsetzen - wahrlich nicht. Aber diese Erfahrung hat mich überempfindlich gemacht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

Weil der Bundestag ein Empfinden für die Unangemessenheit politischer Entscheidungen über Kunst hatte, hat er sich ein eigenes Gremium, den Kunstbeirat, geschaffen, in dem Abgeordnete und Kunstsachverständige intensiv miteinander und mit den Künstlern diskutieren und dann entscheiden. Über das Haacke-Projekt hat der Kunstbeirat

dreimal ausführlich debattiert und dann zweimal positiv entschieden.

Um die Revision oder um die Bestätigung dieser Entscheidung geht es. Es ist eine Entscheidung über ein Kunstprojekt mit intellektuellem, politischem Anspruch. Es ist gewiss kein Kunstwerk der Dekoration, der Verschönerung, der Harmonie, sondern ein Kunstwerk der Verfremdung. Verfremdung ist eine fundamentale Funktion von Kunst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS) Das Kunstwerk beinhaltet nicht die Tilgung, nicht die Umwidmung der Inschrift "Dem Deutschen Volke", sondern einen Kommentar, eine Anstiftung zum Nachdenken, zum Bewusstmachen unserer demokratischen Verpflichtung, wie wir gemeinsam die Widmung unseres Parlamentsgebäudes "Dem Deutschen Volke" verstehen. Es geht darum, uns durch Verfremdung erneut bewusst zu machen, in welcher Verantwortung wir stehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS) Wenn man sich, wie hier geschehen, einen Dialog zwischen Parlamentariern und Künstlern wünscht - liebe Kollegin Vollmer, Sie haben Recht -, dann sollte man den Dialog gerade nicht durch ein Nein abbrechen oder verhindern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

Kunst ist Freiheit. Das gilt gerade auch für Ihr Mitwirken an diesem Projekt. Es ist selbstverständlich absolut freiwillig. Das hat Haacke ausdrücklich betont. Sie werden zu nichts gezwungen, auch nicht zum Herbeitragen von Heimaterde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der erklärende Text des Künstlers ist nicht Teil des Kunstwerkes. Wo kämen wir in der Kunstgeschichte hin, wenn wir uns auf Künstlertexte und nicht auf die wirklichen Kunstwerke einlassen müssten?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kunst ist Freiheit. Lassen wir sie frei! Beweisen wir jene Souveränität, die dem Bundestag im 51. Jahr seines erfolgreichen Bestehens angemessen ist! Reagieren wir nicht mit angstvoller oder heftiger Abwehr, sondern stellen wir uns dem Anspruch und Widerspruch des Kunstprojektes von Hans Haacke!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS und des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich schließe die Aussprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf verweisen, dass es bereits jetzt eine Fülle

von Erklärungen gemäß § 31 der Geschäftsordnung gibt, die zu Protokoll gegeben werden.* Der Kollege Albert Schmidt hat darum gebeten, seine Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung jetzt kurz mündlich vortragen zu dürfen.

*) Anlagen 4 bis 7

Dieser Bitte habe ich stattgegeben. Das wird aber die einzige mündliche Erklärung vor der namentlichen Abstimmung sein.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, bis zur namentlichen Abstimmung auf Ihren Plätzen zu bleiben.

Albert Schmidt (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich den Antrag des Kollegen Lammert und weiterer Kolleginnen und Kollegen in der Abstimmung ablehnen werde, übrigens genauso wie sehr viele aus meiner Fraktion, dann nicht deshalb, weil ich damit ein Urteil über dieses Kunstwerk abgeben möchte. Ich möchte mich nur nicht von Herrn Lammert oder von sonst jemandem in einen Bekenntnisrummel hineintreiben lassen, hier per Mehrheit über die Qualität eines Kunstwerkes entscheiden zu müssen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kunst, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für mich ihrem Wesen nach

(Zurufe von der CDU/CSU: Das ist ein Debattenbeitrag!)

nicht beauftragt, Wahrheit auszudrücken. Über Kunst ist auch nicht per Mehrheit zu entscheiden.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Schmidt, ich bitte Sie, Ihr Abstimmungsverhalten zu begründen.

Albert Schmidt (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin beim letzten Satz. - Kunst hat für mich zu tun mit Schönheit, mit Ästhetik. Wenn ich diesen Antrag ablehne, mache ich deutlich, dass das dafür berufene Gremium, der Kunstbeirat, in höchst subjektiver Weise eine Entscheidung getroffen hat. Diese Entscheidung will ich unterstützen, ob mir das Kunstwerk gefällt oder nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Das musste mal gesagt werden, oder?)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag zu dem Kunstprojekt im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes von Hans Haacke "Der Bevölkerung" auf Drucksache 14/2867 (neu). Es ist namentliche Abstimmung verlangt worden. Nach § 52 Satz 1 unserer Geschäftsordnung sind für dieses Verlangen 34 anwesende Mitglieder des Bundestages erforderlich. Ich bitte diejenigen, die das Verlangen nach namentlicher Abstimmung unterstützen, um das Handzeichen. - Das Verlangen

hat die erforderliche Unterstützung erhalten. Wir stimmen deshalb namentlich ab.

Ich bitte, vor der Stimmabgabe darauf zu achten, dass die von Ihnen verwendete Stimmkarte Ihren Namen trägt. Die Schriftführerinnen und Schriftführer bitte ich, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. - Sind alle Urnen besetzt? - Das ist der Fall.

Ich eröffne die Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? - Es scheinen alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt zu haben. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 19.56 bis 20.05 Uhr)
Vizepräsidentin Petra Bläss: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte vorläufige Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Ulrich Adam, Ilse Aigner und weiterer Abgeordneter zur Realisierung des Kunstwerkes "Der Bevölkerung" von Hans Haacke auf Drucksache 14/2867 (neu) bekannt - ich habe absichtlich "vorläufig" gesagt, weil es sich um ein äußerst knappes Ergebnis handelt und noch einmal, wie das normalerweise üblich ist, nachgezählt wird -: Abgegebene Stimmen 549. Mit Ja haben gestimmt 258, mit Nein haben gestimmt 260, Enthaltungen 31.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 549
ja: 258
nein: 260
enthalten: 31

Ja

SPD

Dr. Peter Eckardt
Iris Follak
Werner Labsch
Gudrun Roos
Dr. Emil Schnell
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Jörg-Otto Spiller
Gunter Weißgerber
Jürgen Wieczorek (Böhlen)

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Hans-Dirk Bierling
Dr. Heribert Blens
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Georg Brunnhuber

Hartmut Büttner (Schönebeck)
Cajus Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Peter H. Carstensen (Nordstrand)
Leo Dautzenberg
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Hansjürgen Doss
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Georg Girisch
Michael Glos
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Manfred Grund
Horst Günther (Duisburg)
Gottfried Haschke (Großhenndorf)
Gerda Hasselfeldt
Norbert Hauser (Bonn)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Manfred Heise
Siegfried Helias
Hans Jochen Henke
Peter Hintze
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Harald Kahl
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy

Irmgard Karwatzki	Kurt J. Rossmanith
Volker Kauder	Adolf Roth (Gießen)
Eckart von Klaeden	Norbert Röttgen
Ulrich Klinkert	Dr. Christian Ruck
Manfred Kolbe	Volker Rühle
Norbert Königshofen	Anita Schäfer
Eva-Maria Kors	Dr. Wolfgang Schäuble
Thomas Kossendey	Hartmut Schauerte
Dr. Martina Krogmann	Karl-Heinz Scherhag
Dr.-Ing. Paul Krüger	Gerhard Scheu
Dr. Hermann Kues	Norbert Schindler
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)	Dietmar Schlee
Dr. Norbert Lammert	Bernd Schmidbauer
Helmut Lamp	Christian Schmidt (Fürth)
Dr. Paul Laufs	Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Karl-Josef Laumann	Andreas Schmidt (Mülheim)
Vera Lengsfeld	Birgit Schnieber-Jastram
Werner Lensing	Dr. Andreas Schockenhoff
Peter Letzgus	Dr. Rupert Scholz
Ursula Lietz	Reinhard Freiherr von Schorlemer
Walter Link (Diepholz)	Dr. Erika Schuchardt
Eduard Lintner	Wolfgang Schulhoff
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)	Diethard Schütze (Berlin)
Dr. Manfred Lischewski	Clemens Schwalbe
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)	Dr. Christian Schwarz-Schilling
Julius Louven	Wilhelm-Josef Sebastian
Dr. Michael Luther	Horst Seehofer
Erwin Marschewski (Recklinghausen)	Heinz Seiffert
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)	Rudolf Seiters
Wolfgang Meckelburg	Werner Siemann
Dr. Michael Meister	Johannes Singhammer
Friedrich Merz	Bärbel Sothmann
Hans Michelbach	Margarete Späte
Dr. Gerd Müller	Carl-Dieter Spranger
Bernward Müller (Jena)	Wolfgang Steiger
Elmar Müller (Kirchheim)	Erika Steinbach
Bernd Neumann (Bremen)	Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Claudia Nolte	Andreas Storm
Günter Nooke	Dorothea Störr-Ritter
Franz Obermeier	Max Straubinger
Eduard Oswald	Matthäus Strebl
Norbert Otto (Erfurt)	Thomas Strobl
Dr. Peter Paziorek	Michael Stübgen
Anton Pfeifer	Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Friedbert Pflüger	Gunnar Uldall
Ronald Pofalla	Arnold Vaatz
Ruprecht Polenz	Angelika Volquartz
Marlies Pretzlaff	Andrea Voßhoff
Dr. Bernd Protzner	Dr. Theodor Waigel
Thomas Rachel	Peter Weiß (Emmendingen)
Hans Raidel	Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Dr. Peter Ramsauer	Annette Widmann-Mauz
Helmut Rauber	Heinz Wiese (Ehingen)
Peter Rauen	Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Christa Reichard (Dresden)	Klaus-Peter Willsch
Erika Reinhardt	Matthias Wissmann
Hans-Peter Repnik	Werner Wittlich
Klaus Riegert	Dagmar Wöhrl
Franz Romer	Aribert Wolf
Hannelore Rösner (Wiesbaden)	Elke Wülfing
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr	Peter Kurt Würzbach
Dr. Klaus Rose	Wolfgang Zeitmann

Wolfgang Zöllner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Matthias Berninger
Andrea Fischer (Berlin)
Rita Griebhaber
Christa Nickels
Werner Schulz (Leipzig)
Dr. Antje Vollmer
Margareta Wolf (Frankfurt)

F.D.P.

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Dr. Guido Westerwelle

Nein

SPD

Brigitte Adler
Rainer Arnold
Hermann Bachmaier
Ernst Bahr
Doris Barnett
Dr. Hans Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglaue
Dr. Axel Berg
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Lothar Binding (Heidelberg)

Kurt Bodewig
Klaus Brandner
Anni Brandt-Elsweiler
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Hans Martin Bury
Hans Büttner (Ingolstadt)
Christel Deichmann
Karl Diller
Peter Dreßen
Rudolf Dreßler
Detlef Dzembitzki
Dieter Dzewas
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Annette Faße
Gabriele Fograscher
Norbert Formanski
Hans Forster
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Günter Gloser
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Klaus Hagemann
Alfred Hartenbach
Anke Hartnagel
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Reinhold Hiller (Lübeck)
Stephan Hilsberg
Gerd Höfer
Walter Hoffmann (Darmstadt)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Eike Maria Hovermann
Christel Humme
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Ulrich Kasparick
Sabine Kaspereit
Hans-Peter Kemper

Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Walter Kolbow
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Kuchler
Ute Kumpf
Konrad Kunick
Dr. Uwe Küster
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Waltraud Lehn
Klaus Lennartz
Dr. Elke Leonhard
Eckhart Lewering
Erika Lotz
Dieter Maaß (Herne)
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Heide Mattischeck
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Andrea Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Leyla Onur
Manfred Opel
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug
Karin Rehbock-Zureich
Dr. Carola Reimann
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Ren, Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Birgit Roth (Speyer)
Marlene Rupprecht
Thomas Sauer
Dr. Hansjörg Schäfer

Gudrun Schaich-Walch
Bernd Scheelen
Dr. Hermann Scheer
Siegfried Scheffler
Dieter Schloten
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Carsten Schneider
Walter Schöler
Karsten Schönfeld
Fritz Schösser
Ottmar Schreiner
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Volkmar Schultz (Köln)
Ewald Schurer
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Bodo Seidenthal
Erika Simm
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Dr. Ditmar Staffelt
Antje-Marie Steen
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Reinhold Strobl
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Hans-Eberhard Urbaniak
Rüdiger Veit
Simone Viola
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Jochen Welt
Dr. Rainer Wend
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzlar
Helmut Wiczorek (Duisburg)

Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Verena Wohlleben
Waltraud Wolff (Zielitz)
Uta Zapf
Peter Zumkley

CDU/CSU

Renate Blank
Dr. Rita Süßmuth

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gila Altmann (Aurich)
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Annelie Buntenbach
Franziska Eichstädt-Bohlig
Winfried Hermann
Antje Hermenau
Kristin Heyne
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Reinhard Loske
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Claudia Roth (Augsburg)
Christine Scheel
Irmgard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele
Jürgen Trittin
Dr. Ludger Volmer
Sylvia Voß

F.D.P.

Dr. Wolfgang Gerhardt
Ulrich Heinrich
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

PDS

Monika Balt
Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Heidmarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Dr. Klaus Grehn
Dr. Barbara Höll
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Heidi Lippmann
Heidmarie Lüth

Angela Marquardt
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Dr. Uwe-Jens Rössel
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert

Enthalten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grietje Bettin
Dr. Thea Dückert
Hans-Josef Fell
Katrin Dagmar Göring-Eckardt
Ulrike Höfken
Michaela Hustedt
Dr. Helmut Lippelt
Helmut Wilhelm (Amberg)

PDS

Sabine Jünger
Dr. Christa Luft
Christina Schenk

SPD

Marion Caspers-Merk
Rainer Fornahl
Günter Graf (Friesoythe)
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Frank Hempel
Iris Hoffmann (Wismar)
Johannes Kahrs
Dirk Manzewski
Christian Müller (Zittau)
Dr. Rolf Niese
Albrecht Papenroth
Margot von Renesse
Reinhold Robbe
Gerhard Rübenkönig
Horst Schild
Dr. Gerald Thalheim
Dr. Konstanze Wegner
Hildegard Wester
Hanna Wolf (München)

Adam, Ulrich CDU/CSU
Behrendt, Wolfgang SPD
Bühler (Bruchsal), Klaus CDU/CSU
Buwitt, Dankward CDU/CSU
Freitag, Dagmar SPD
Haack (Extertal), Karl-Hermann SPD
Hempelmann, Rolf SPD
Hornung, Siegfried CDU/CSU
Jäger, Renate SPD
Dr. Kolb, Heinrich Leonhard F.D.P.
Dr. Lucyga, Christine SPD
Maaß (Wilhelmshaven), Erich CDU/CSU
Michels, Meinolf CDU/CSU

Müller (Berlin), Manfred Walter PDS
Neumann (Gotha), Gerhard SPD
Dr. Scheer, Hermann SPD
Schmitz (Baesweiler), Hans Peter CDU/CSU
von Schmude, Michael CDU/CSU
Siebert, Bernd CDU/CSU
Dr. Wodarg, Wolfgang SPD
Zierer, Benno CDU/CSU

**Der Antrag ist abgelehnt.
(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)**